

Dresdner Volkszeitung

Verlagsanstalt: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verlagsanstalt: Seb. Kiehl, Dresden
und Köchliche Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen
"Nach der Arbeit" und "Wohlfahrt" für einen halben Monat 1 M.
Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibstube: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kompatibilität
30 Pf., die 30 mm breite Kompatibilität 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgebühren
40 Proz. Rabatt. Für Dreifachbelegung 10 Pf.

Nr. 37

Dresden, Sonnabend den 13. Februar 1926

37. Jahrg.

Der Anschluß und die französischen Sozialisten

Von Dr. Karl Renner, Wien

Genosse Renner antwortet hier dem Genossen Boncour, dem Vertreter Frankreichs beim Völkerbund, auf seinen vielbeachteten Artikel, in dem Boncour ein Abflauen der Anschlußbewegung feststellen zu können glaubt.

Boncour, der französische Sozialdemokrat, veröffentlicht in der Februarnummer der Europäischen Revue einen Aufsatz über den Anschluß Österreichs an Deutschland. Stimmen aus diesem Lager über das Problem, das jeden Deutschen bewegt, sind selten; denn unsere französische Bruderpartei ist mit den inneren Aufgaben des eigenen Landes wahrhaftig übergenug beschäftigt. Es ist also nicht verwunderlich, daß die französische Sozialdemokratie zur österreichischen Anschlußfrage offiziell noch nicht Stellung genommen hat. Um so dankenswerter ist es zu hören, wie ein führender Mann dieser Partei für seine Partei denkt.

Boncour sieht noch meiner Auffassung das Problem ganz ungeschichtlich an. Er sagt:

„Man spricht in Österreich deutsch, man gehört der deutschen Rasse an.“ Diese Tatsachen werden hingestellt etwa so, wie man von den französischen Bewohnern von Kanada als Franzosen sprechen könnte. Die historische Wahrheit ist: Seit 970 ist das heutige Österreich ein Bestandteil des Deutschen Reiches und des späteren Deutschen Bundes, mit Ausnahme der kurzen Zeit von 1866—1918. Es wurde sogar von 1438—1804, solange die Habsburger die Kaiser des Deutschen Reiches waren, die Führung Deutschlands inne. Man vergißt, daß also Wien durch viele Jahrhunderte die deutsche Kaiserstadt im Reich war, wie Paris die Hauptstadt Frankreichs. Aber auch nach dem Jahre 1815 bis 1866 war Wien die erste Stadt Deutschlands. Österreich ein deutscher Bundesstaat und nichts weiter, die magyarischen, slowakischen und italienischen Bevölkerung waren zwar ein Stück der Souveränität der Habsburger, aber kein Besitzum der deutschen Alpenländer; Wien und die deutschen Alpenländer haben sich, mit Ausnahme der letzten Hälfte der Regierung Franz Josephs I., nie als etwas anderes gefühlt denn als einen wesentlichen Teil Deutschlands.

Der Völkerbund hatte Österreich und Deutschland einander nicht „näherzubringen“, als sie immer gewesen waren, wie Boncour meint; im Gegenteil, er wurde von den Deutschen Österreich nur als einseitiger schwacher Trost für die zwangs- und zeitweise Ausscheidung Österreichs aus dem Reich empfunden. Die Erinnerung von Sadoma, meint Boncour, sei vertrieben worden. Der Satz beweist, daß in der französischen Öffentlichkeit die habsburgische Legende an Stelle der geschichtlichen Wahrheit getreten ist. Die Dynastie und ihr nächster Anhang von hohen Aristokraten und Kirchenfürsten, von Generalen und Bureaufürsten haben allerdings Sadoma als harten Schlag empfunden, haben an Revanche für Sadoma gedacht — nicht als so die Völker Österreichs, weder die österreichischen Deutschen, die auf die Einigung des Reiches nicht waren, wenn auch tief verletzt, einseitigen außerhalb des Reiches bleiben zu müssen, noch die österreichischen Slawen, die von Sadoma erst recht die Lust ihrer eigenen Entwicklung zur Selbständigkeit beschreiben.

Die Franzosen kennen diese Dinge zumeist nicht und beurteilen sie darum so, wie es ihnen die Legende des Quai d'Orsay vorschreibt. Wenn Boncour meint, „es ist nicht erträglich, daß Österreich in seiner Not die Hilfe nach Deutschland rief“, so ist auch das nur in der äußeren Erscheinung des heutigen Tages richtig, in der Sache aber anders. Österreich konnte im November 1918 ganz und gar nicht wissen, wie seine Grenzen, wie seine Lage nach dem fast ein Jahr später geschlossenen Frieden sein werde; Österreich konnte ganz und gar nicht erkennen, bis zu welcher Tiefe die Volkserwartungen der Friedensdiktatoren von St. Germain reichen würden, es hat spontan, schon um die sofortige Verbindung mit den Magyaren und Slawen endgültig loszuwerden und allen Donaukonföderationsplänen eine vollkommene Tatsache entgegenzustellen, in der provisorischen Verfassung vom 12. November 1918 erklärt: „Österreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik“. Weber den Sinn und die Absichten dieses Beschlusses kann ich unsern französischen Genossen als kompetenter Zeuge dienen: Ich war eben als Kanzler der Republik in entscheidender Weise beteiligt. Und ich war es gewesen, der, um den Weltfrieden zu retten und ein lebensmögliches Kompromiß zwischen den Nationen herzustellen, vor dem Völkerbund für ein Großösterreich die Vertretung der nationalen Autonomie vertreten konnte; ich als sogenannter Großösterreicher habe, da nun der Weg doch wieder meinen Willen, da war und entschieden hatte, diese Übergangsversuche als erledigt erkannt und mich freiwillig zur Natur der Dinge, zur Heimkehr eines der deutschesten aller deutschen Stämme zum Reich und zur Nation nach dem kurzen Zwischenpiel von 52 Jahren (1866—1918) der Trennung bekennt. Es war also nicht die Not des Augenblicks, es war die Logik von neun Jahrhunderten Geschichte und es war zugleich auch der Geist dieses unteren Jahrhunderts.

So, wenn man angeblich ein neues Europa gründen wollte und gegründet hat, das auf dem Selbstbestimmungs-

recht der Völker beruhen soll — wie konnte man sich dann dem Selbstbestimmungsrecht Österreichs widersetzen? Die Deutschen Österreich haben das ganz selbstverständliche, von keiner augenblicklichen Not und Bedingtheit und von keiner diplomatischen Konstellation abhängige Recht, zu ihrem historischen Reich und zu ihrer Nation zu gehören.

Boncour will uns trösten: „Die zwei Wege, Anschluß oder Donaukonföderation, sind beide zur Zeit gleich verschlossen — gut denn, macht Handelsverträge! Ein System von Handelsverträgen wird sicherlich eines Tages in geschwindiger Form etwas ergeben, was auf die Idee einer Föderation zurückgreift.“

Es tut mir leid, diese wohlwollende Auskunft zurückweisen zu müssen. Sie ist nicht realisierbar! Die jungen nationalen Bewegungen der Nachfolgestaaten wollen durch Schutzzölle ihre Industrie ausbauen, ihr Verkehrsnetz erweitern, ihre Hauptstädte zu Haupthandelsplätzen machen und können Kraft des sacro egoismo, des nationalen Chauvinismus, das nicht preisgeben, was für sie in letzter Linie der Zweck der ganzen Kriegsbühne war. Boncour kann mir das

Mobilisiert!

Betriebsvertrauensleute!

Die bürgerliche Presse schweigt die unerschämten Forderungen der Fürsten konsequent tot. So erfahren die Arbeiter viel zu spät, daß die noch die bürgerliche Presse lesen, nichts über die ungeheuren Vermögenswerte, die Deutschland den Ausgerissenen und Unfähigen geben soll. Die sozialdemokratische Presse ist noch nicht genügend verbreitet. Und doch haben wir ein Mittel, die mangelhafte Verbreitung unserer Presse weitzumachen. Es gehört nur ein klein wenig Energie dazu und Liebe zur Sache.

Die Volkszeitung hat schon ausgezeichnetes Material über die Fürstenabfindung gebracht und wird in den nächsten Wochen noch viel mehr darüber bringen. Wir empfehlen unsern Genossen in den Betrieben, in den Werkstätten und Büros, ausfindendes Material

aus der Volkszeitung auszuschneiden

und in den Betrieben zirkulieren zu lassen. Man kann es auf ein Stück Pappe kleben und herumgeben. Man kann es aber auch mit Reißnägeln oder auf eine andre Art irgendwo an leicht erkennbarer Stelle in den Arbeitsträumen anheften. Dort haben dann alle, die noch die bürgerliche Zeitung lesen, Gelegenheit, wenigstens das wichtigste Material kennenzulernen. Damit können wir den Wirkungskreis unserer Agitation für den Volksentscheid verdrei- bis vervielfachen.

Es gehört allerdings dazu auch, daß wir in den Arbeitsstätten nicht müde werden, wieder und wieder auf diese wichtige Angelegenheit zurückzukommen. Die Sozialdemokratie hat die radikalste Forderung gestellt:

Entschädigungslose Enteignung der Fürsten

Sie muß durchgeführt werden können, wenn unsere Genossen in den Betrieben alles daransetzen, die Notwendigkeit dieser Forderung in die Gehirne hineingehämmern. Fort mit der Gottgläubigkeit, daß alles Segen von oben kommt. Die Freiheit der Fürsten ist nur mit einem Millionenheer von Agitatoren zum Teufel zu jagen. Das ist Demokratie, wenn auch der letzte seine Kraft einsetzt für ein großes, gewaltiges Ziel. Der Sieg über die Unerschämtheit der Fürsten wird zugleich eine enorme

Festigung der Republik bedeuten.

glauben: Mit einer halben Million guter Soldaten könnte er diese Sollgrenzen niederwerfen, aber niemals mit guten Empfehlungen. Kann sein, daß er den humanen Mafarat und den Augen, tüchtigen Bereich kennt, der weiß, welche Redewendungen im Westen kurs haben, aber er kennt weder den tschechischen Bourgeois, noch den tschechischen Bauer! Er weiß nicht, daß der erstere den Erwerbssinn eines preussischen Industriellen, der letztere den Wert eines preussischen Junkers besitzt, wenn auch nicht in dem ganz großen Ausmaß jener. Nicht einmal an dem Auschnitt gebirgt es bei denselben Eigenschaften der magyarischen und jugoslawischen Herrenklasse! Österreich kann, wie sich gezeigt hat, ohne Verrat und ohne Panikotenzitätsfaltung von sehr wenigem leben, aber von dem Nichts dieser Utopie kann es auch nicht leben! Es heißt Illusionen heften oder verbreiten, wenn man diese Hoffnung verbreitet. Hierzulande glaubt niemand daran.

Andererseits hat Boncour vollkommen recht, wenn er schreibt: „Das österreichische Problem wird in Deutschland

aus einem paradoxen Gesichtswinkel betrachtet: Die Parteien der Nationalisten wollen den Anschluß am wenigsten, die Linksparteien, die für den Frieden eintreten, wollen ihn.“ — In der Tat:

„Die Demokraten, die Friedensfreunde, die Freunde der Verständigung mit Frankreich, der Ausöhnung mit allen Nachbarn — sie wollen den Anschluß; die Nationalisten, die Kriegsheer, die Monarchisten, die Militaristen, sie wollen ihn nicht!“

Aus begrifflichen Gründen: Zur deutschen Nation käme durch den Anschluß jener ihrer Teile dazu, der von Natur aus friedliebend und frei von Chauvinismus, sich selbst zur Demokratie durchgearbeitet hat, die Republik aufrichtig liebt, von einem Fürstenhaus, und insbesondere von einem Kaiser mit Frankreich gar nichts wissen will, jener Teil, der von der maritimen Großmannsucht, von industriellen Weltbeherrschungssträumen meilenfern, der vor allem kontinental orientiert ist. Und diese Österreicher, Sozialdemokraten auf der einen Seite, Christlichsozialisten auf der andern Seite, haben sich mit den gleichgerichteten Strömungen im Deutschen Reich in den letzten Jahren viel näher befreundet, als es nach außen hin scheinen mag.

Und darum muß ich Boncour warnen vor dem falschen Schluß, den er macht: Man bemerkt, daß sich die Anschlußidee eher im Rückschritt befindet.“ Ich warne ihn vor der trügerischen Natur der wirtschaftlichen und politischen Gründe, die er dafür anführt. Es sind nicht wirkliche Gründe, es sind Oberflächenerscheinungen des Tages, die der vielhundertjährigen Logik vergebens widerstreiten!

Die französische Sozialdemokratie ist ein bedeutsamer Faktor in der auswärtigen Politik Europas, es ist nicht einerlei, ob sie sich richtig oder falsch orientiert, ob sie Vorurteile ihrer Herrschenden übernimmt oder abtut, ob sie nach den eingeborenen Prinzipien des Sozialismus handelt oder von der Bourgeoisie deren abgetragene Kleider herab.

Wiel richtiger handelt darin der greise Gide, der in dem französischen Genossenschaftsorgan freimütig den Gedanken vertritt:

„Wenn die Österreicher den Anschluß wünschen, sollen sie ihn haben, niemand hat das Recht, ihnen das alternativen Recht zu verweigern. Eine deutsche Nation mit Anschluß der Österreicher ist ein harter Garant für die Demokratie wie für den Frieden!“

Ich hoffe, der weise Alte wird innerhalb der französischen Demokratie durchdringen.

Angst vor Volksentscheid

D. Berlin, 13. Februar. (Eigener Fundus.) Die Angst vor dem Volksentscheid hat die Deutschnationalen im Reichstag jetzt dazu bestimmt, ihre Mitarbeit bei den Beratungen über den bürgerlichen Kompromißvertrag zur Fürstenabfindung anzukündigen. Ihr Ziel geht dahin, eine gemeinsame Front mit allen bürgerlichen Parteien zu bilden, um diese so von der Sozialdemokratie zu trennen. Man verspricht sich davon, daß auf diese Art für die Fürsten immerhin mehr herausgeholt werden kann, als das durch ein Kompromiß möglich ist, an dessen Verabschiedung die Sozialdemokratie beteiligt ist. Es hat vorläufig nicht den Anschein, als ob die bürgerlichen Parteien bereit sind, auf den deutschnationalen Reim zu kriechen. Sie versuchen bisher noch, die parlamentarische Erledigung der Fürstenabfindung mit Hilfe der Sozialdemokratie möglich zu machen und bemühen sich deshalb fortgesetzt, in ihrem Sinne auf die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einzuwirken. Alle in diesem Zusammenhang stoffgebundenen Behauptungen waren bis jetzt völlig unverbürglich.

Selbstverständlich bleibt, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich weiter an der sachlichen Beratung beteiligt und infolgedessen auch entsprechende Anträge im Reichstagsausschuß des Reichstages einbringen wird. Ihr Antrag auf Volksentscheid wird davon nicht im geringsten berührt.

Weiterberatung im Ausschuss

Im Rechtsausschuß des Reichstages machte am Freitag in der Generaldebatte über die Fürstenabfindung der Deutschnationale Dr. Lohmann das immerhin wertvolle Geständnis, daß auch die Deutschnationalen nicht alle Ansprüche mancher Fürstendhäuser billigen könnten. Aber auch er wollte vom Kompromißvertrag der Mittelparteien nichts wissen, sondern höchstens an einer „Verbesserung“ — wie die Deutschnationalen sie verstehen — mitarbeiten. Entscheidend für die Stellungnahme der Deutschnationalen werde die Zusammensetzung des Ausschusses sein. Schon die Tatsache stimmt die Deutschnationalen bedenklich, daß der Reichspräsident, also Hindenburg, die Richter ernennen soll. Die Deutschnationalen wollen, daß ein Senat des Reichsgerichts mit den Aufsicht des Sondergerichts, das im Kompromißvertrag vorgesehen ist, betraut wird. Im übrigen sprach der Vertreter der Deutschnationalen noch einmal das Bedauern darüber aus, wenn durch einen Volksentscheid die Volkseigenschaften noch länger aufbewahrt würden. — Der Ausschuss vertagte die Weiterberatungen auf Mittwoch nächster Woche.

Waffenberatungen in Hamburg

W. Hamburg, 12. Februar. (Eig. Dtlm.) Die Sozialdemokratische Partei des Hamburgischen Stadtgebietes hatte für Donnerstagabend nach den 18 größten Sälen der Stadt zu einem Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung